

LITERATUR

Thomas L. McPhail

Electronic Colonialism. The Future of International Broadcasting and Communication
Sage Library of Social Research, vol. 126, Sage, Beverly Hills/London; 1981. 260 S.

Die Vereinten Nationen haben 1983 zum »Jahr der Kommunikation« erklärt. Mit dieser Proklamation lassen sich sehr heterogene Absichten verknüpfen, abgesehen von der generellen Intention, eine bestimmte, in diesem Fall sehr diffuse Thematik auch breiteren Bevölkerungskreisen bewußt zu machen. Zwei Merkmale lassen die Gegensätzlichkeit der Intentionen deutlich werden. Zum einen ist die Koordination für die mit dem »Weltjahr« verbundenen Aktivitäten nicht der UNESCO überantwortet worden, sondern der Internationalen Fernmeldeunion (ITU). Zum anderen wird die Aufgabe dieses Weltjahres mit dem Untertitel »Entwicklung von Kommunikations-Infrastrukturen« umrissen, was deutlich in Richtung der Neuordnung der Kommunikationsstrukturen im Rahmen der Nord-Süd-Problematik weist. Dieses aber hat sich gerade die UNESCO zur aktuellen Aufgabe gemacht. Wenn trotzdem die ITU die Durchführungsverantwortung erhalten hat, dann akzentuiert dies die ökonomisch-technischen Aspekte, die dem Thema zugrunde liegen.

Diese wenigen aktuellen Verweise kennzeichnen bereits die spannungsträchtigen Positionen, die sich mit den nationalen und internationalen Kommunikationsstrukturen verbinden. Das vorliegende Buch von *McPhail* ist ein Versuch, knapp und verständlich darzustellen, um welche Interessen mit welchen Argumenten gestritten wird, von wem sie formuliert und eventuell durchgesetzt werden bzw. wurden. Seit 1976 ist die Kommunikationsproblematik anerkanntes Schwerpunktthema der UNESCO. In realistischer Einschätzung der entscheidungsrelevanten Sitzungen konzentriert sich der Autor in seinem Buch auf die 20. und 21. UNESCO-Generalkonferenz in Paris und Belgrad, auf die Beschlüsse der »World Administrative Radio Conference« (WARC) in Genf (1979) und die Arbeit der Internationalen Kommission zum Studium der Kommunikationsprobleme (MacBride-Kommission). Vor allem aber stellt *McPhail*, thematisch angemessen, das Ringen um die Neue Internationale Informationsordnung in den umfassenderen politischen Kontext des Nord-Süd-Konfliktes. In allen Aspekten dieses Konfliktes geht es primär um die Umverteilung von Zuwachschancen für Macht und materielle Lebensbedingungen. Dies gilt natürlich auch für die Diskussion über eine Neuordnung von Informations- und Kommunikationsressourcen. Der Autor verweist dabei zum einen auf das »Erfolgsresultat« der Vertreter der Dritten-Welt-Länder während der Ölkrise 1973, die »den Westen« zu Reaktionen brachte, die vorher nicht erreicht worden waren und damit eine deutlich selbstbewußtere Haltung der Entwicklungsstaaten förderte. Zum anderen

sind es die Ergebnisse und Veränderungen der Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung (NIEO) und die Instrumentalisierung der aus den Industrieländern übernommenen Konzepte von staatlicher und nationaler Souveränität, die dazu führten, daß »the LDC's (less developed countries) had flexed their muscles in other areas and now they were prepared to go after the Western mass media« (S. 111).

Einer der strittigsten Punkte in den Auseinandersetzungen um die Neuordnungen der internationalen Informationsprozesse ist der Anspruch der LDC-Länder, daß Staat und Regierungen eine aktive Rolle im nationalen Nachrichtenprozeß spielen sollen. Dagegen setzen die Vertreter der westlichen Industriestaaten vehement ihr Modell der staatlichen Unabhängigkeit der Presse. Es ist dabei nicht ohne Reiz, noch in Erinnerung zu haben, was der Autor wenige Seiten vorher über die historischen Wurzeln der Pressefreiheit in Europa formuliert hatte, und wie er an Vorfälle wie die »US-Pentagon Papers« und vergleichbare Versuche staatlicher Eingriffe im Westen erinnert. Die Divergenzen über die staatlichen Ansprüche bestehen nach wie vor und Annäherungen zwischen Nord und Süd sind kaum erkennbar. Der UNESCO-Rahmenplan für die Jahre 1984 bis 1989 enthält sowohl die Forderung der Entwicklungsländer nach einem Abbau des Medieneinflusses der Industriestaaten, als auch das Postulat des Westens nach »vollständiger Pressefreiheit«. Die Aktualität des Themas »electronic colonialism« mag noch ein Hinweis auf jüngste Entscheidungen verdeutlichen: Gegen die Stimmen nahezu aller Industrienaationen (auch der Bundesrepublik Deutschland) hat das Plenum der 37. UN-Vollversammlung im Dezember 1982 einen Richtlinienkatalog verabschiedet, der unter anderem festlegt, daß Ausstrahlungen von Fernsehsendungen von einem Land in ein anderes jeweils von der Genehmigung des Landes abhängig sind, in das die Sendungen abgestrahlt werden. Allerdings: ein Entschluß ohne juristisch bindenden Charakter.

Die selbstbewußtere Position der LDC-Staaten ist jedoch nicht ohne Risse und Brüche. Die Erfahrungen während der Ölkrise 1973 zeigen auch negative Momente. Konfrontation im ökonomischen Bereich birgt ein Krisenpotential für den Westen *und* die Staaten der Dritten Welt. Entsprechend verweist der Autor eher grundsätzlich auf den Kontext von NIEO, UNCTAD und NIIO und konstatiert: »The changes in economic orientation brought about in recent years is reflected in all aspects of UNESCO's activities« (S. 106).

Der umfassendere Teil des Buches jedoch wird von erläuternden Hintergrundinformationen zu den internationalen Debatten zur Neugestaltung der »Medienordnung« gebildet. Vielleicht ist der Ausdruck »Hintergrundinformationen« ein wenig irreführend. Es geht nicht um die Auswertung bisher geheimer Unterlagen, sondern um akzentuierte Darstellung von Äußerungen und Papieren, die angesichts der erreichten Beschlüsse leicht verblassen, obwohl sie zur Exegese verschleiender, Dissenz verharmlosender Communiqués unerlässlich sind. Ausgewertet werden z. B. die Statements auf den Pressekonferenzen der verschiedenen Länder-Delegationen, die Stellungnahmen betroffener Institutionen wie »World Press Freedom Committee« oder »International Federation of Journalists«, Background-Papers und Forschungsergebnisse (unter anderem von Matta, Beltrán, Ploman, Schiller). Interpretationshilfe geben auch die Informationen über Rolle

und Funktionen der an der Debatte beteiligten Medienorganisationen; konkret: knappe Skizze über Geschichte und Struktur der International Telegraph Union, kurze Darstellung der »Big Four« (AP, UPI, Reuter, AFP), Hinweise auf die politischen Dimensionen der WARC-Konferenz 1979.

Etlches ist dabei ein wenig kursorisch geraten (es werden zu viele Themen angesprochen, leider jedoch ohne hilfreichen analytischen Zugriff), anderes ist kaum mehr als die Paraphrasierung anderer Texte (dies betrifft vor allem die Darstellung der ITU, die auf Beiträge von InterMedia beruht), insgesamt aber verdeutlicht die Arbeit anschaulich und engagiert, worum es beim Konflikt um die Medienstrukturen geht und welche Mittel zum Einsatz kommen. Es ist für die Interpretation des »Berichts der Internationalen Kommission zum Studium der Kommunikationsprobleme an die UNESCO« (MacBride-Report, 1980) nicht unwichtig zu wissen, daß das UNESCO-Sekretariat unter dem Jugoslawen Asher Deleon eine einflußreiche Stellung hatte, die es nicht immer zur Förderung der Arbeit nutzte. Es schafft Verständnis, vielleicht auch Anerkennung für manchen erreichten Kompromiß in den Empfehlungen dieses Reports, wenn man aus den »background papers« von Masmoudi (Tunesien) und Abel (USA) – beide Kommissionsmitglieder – die Unvereinbarkeit der Positionen erkennt. Masmoudi »... notes existing international telecommunications links and infrastructures, large inherited from the trade and communications patterns of the colonial paths, favor a greater volume of traffic ... from developed to developing countries then from developing countries to developed countries« (S. 216). Entsprechend zielen die Forderungen des tunesischen Informationsministers auf Neuordnung »by preventing abusive uses of the right of access to information«. Für die auf regulierende Eingriffe zielende Argumentation findet Abel kein Verständnis: »The remedy does not lie ... in measures to restrict and control the voices now being heard ... nor can the answer be found in the adaption of a single standard for the control of communication systems throughout world«. (S. 219).

Trotz aller Kontroversen hat eine Empfehlung des MacBride-Reports Konkretisierung erhalten. Die Belgrader 21. UNESCO-Konferenz bestätigte die Schaffung eines »International Programme for the Development of Communication« (IPDC). Das allgemeine Ziel gilt dem Abbau von Nord-Süd-Ungleichheiten im Kommunikationsprozeß. Ein »Inter-Governmental Council« (aus Vertretern von 35 Ländern) soll konkret Projekte fördern wie z. B. Aufbau der afrikanischen Nachrichtenagentur PANA, oder Intensivierung des Programmaustausches zwischen den afrikanischen Rundfunksystemen im Rahmen der URTNA. Was allerdings in der Zielsetzung so hoffnungsvoll klingt, verhält in der Realität. Der Autor gibt die Beispiele (S. 143 f.): Abel will das Projekt aus dem Organisationsrahmen der UNESCO herausnehmen; die interessengebundene amerikanische Publizistik (The Economist; New York Times) sieht die »freie Marktwirtschaft« und die Pressefreiheit bedroht; die USA zeigen sich bei der Mittelbewilligung mehr als nur zurückhaltend. Hier deutet sich an, was auch durch die Etablierung eines »Weltkommunikationsjahres« nicht verdeckt werden kann: die Diskussion hat erst begonnen, zumal es nun um Handeln geht.

Das Buch von McPhail ist von den gewählten Detaildarstellungen her, weniger in den

ordnenden Zusammenfassungen, ein geeignetes Einführungsbuch in die Probleme der internationalen Mediendiskussion. Es erleichtert das Verständnis auch durch die »anpakende«, konkrete Ausdrucksweise.

Will Teichert

Egbert Jahn/Yoshikazu Sakamoto (Hg.)

Elements of World Instability: Armament, Communication, Food

International Division of Labour

Campus Verlag, Frankfurt/New York, 1981, 392 S., DM 40,—

Der von Jahn und Sakamoto herausgegebene Sammelband enthält ausgewählte Beiträge der 8. Weltkonferenz der International Peace Research Association, die im August 1979 in Königstein/Taunus stattfand. In dem Buch sind 27 von insgesamt 90 Beiträgen nach thematischen Gesichtspunkten zusammengefaßt; auf diese Weise werden weite Bereiche der internationalen Friedens- und Konfliktforschung abgedeckt.

Gegenstand der Betrachtung sind sowohl die politische Ökonomie der Ernährung, die sozialen Auswirkungen der neuen internationalen Arbeitsteilung, die Weltmilitärordnung, das Spannungsfeld von Konflikt und Kooperation im Ost-West-Verhältnis in Europa als auch die Problematik der Friedenserziehung und – als ein relativ neuer Untersuchungsbereich – die Weltinformationsordnung.

Aufgrund der in vielen Regionen und Ländern der Dritten Welt besonders ausgeprägten Instabilität ist es nur folgerichtig, daß den Entwicklungsländern breiter Raum gewidmet wird. Die zahlreichen Konfliktherde und Kriege im sogenannten Süden – in den letzten Monaten und Jahren mit der Konfrontation Irak-Iran als einer der blutigsten und brutalsten Auseinandersetzungen – bedeuten schließlich auch eine reale, wenngleich nicht selten verkannte Gefahr für den Weltfrieden. Es ist so unwahrscheinlich nicht, daß sich ein unkontrolliert ausufernder, mit Waffen des Nordens geführter Regionalkrieg zum Dritten Weltkrieg auswächst.

Mit der Weltwirtschaftsordnung, der Weltinformationsordnung, der Weltmilitärordnung und der Welt-»Ernährungsordnung« sind zudem zentrale Bereiche des Nord-Süd-Konflikts angesprochen, aus denen sich langfristig mindestens genausoviel Sprengstoff für den Weltfrieden herleitet wie aus dem Ost-West-Konflikt. Der vielzitierte Nord-Süd-Dialog existiert weitgehend nur als Phantom; der Norden ist aufgrund seiner ökonomischen und politisch-militärischen Stärke immer noch in der Lage, dem Süden einen Monolog aufzuzwingen: die Bedingungen und das Funktionieren der Weltwirtschafts-, der Weltinformations-, der Weltmilitär- und der Welt-»Ernährungsordnung« werden in hohem Maße von den Schaltzentralen des Nordens diktiert.

In friedenspolitischer Hinsicht bedeutsam erscheint der sechste Teil, der sich dem Thema Friedenserziehung verschreibt, sowie der Aufsatz von Sakamoto und Falk, in dem